Familien als Orte gelebter Solidarität

Forum C: Solidarität zwischen Generationen

„Gelingende Solidarität“ - Jahrestagung des Deutschen Ethikrates

Berlin, 18. Juni 2025

Prof. Dr. Katja Nebe

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht, Recht der Sozialen Sicherheit

Solidarität im Verfassungsrecht

Artikel 20 Grundgesetz

Absatz 1: „*Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und **sozialer** Bundesstaat*.“

→ Grundlage der sozialen Marktwirtschaft

Artikel 24 Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt

Schutz von Ehe und Familie

(1) *Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.*

(2) *Wer in häuslicher Gemeinschaft für Kinder oder Hilfsbedürftige sorgt, verdient Förderung und Entlastung*.

→ Förderung und Entlastung bei arbeitsteiliger Abhängigkeit in Familie

Sozialrecht – per se Ausdruck von Solidarität

§ 1 Sozialgesetzbuch 1. Buch (SGB I)

(1) Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. Es soll dazu beitragen,

ein menschenwürdiges Dasein zu sichern,

gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen,

die Familie zu schützen und zu fördern,

den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen

und

besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen.

Aktuell: intensive Diskussion um die zukunftsfähige Ausgestaltung des Sozialstaates

→ **darauf im Folgenden das Augenmerk**

Vorweg noch eine Limitierung:

Soziale und menschenwürdige Existenzsicherung durch Grundsicherung

Regelbedarf (Regelbedarfsermittlungsgesetz)

- Ernährung, Unterkunft und Heizung, Kleidung, Körperpflege, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft usw.,

für sogenannte **Hilfe zum Leben und zum Wohnen (Grundsicherung, im SGB II und im SGB XII)**

→ ein weites Feld der Diskussion, z.B. zur Angemessenheit und zu Einstandspflichten innerhalb von Haushaltsgemeinschaften; evtl. Altersdiskriminierung (U25) usw.

→ bleibt im Weiteren ausgespart (Limitierung)

→ Einkommensarmut spielt allerdings für soziale Spaltung und fehlende Solidarität eine große Rolle (vgl. Paritätischer Armutsbericht, 2025)

Grundannahme

Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialstaat sind auf Familien angewiesen und umgekehrt.

Kernaussagen meines Impulses

1. Es bedarf eines Vereinbarkeits- und Sorgeschutzgesetzes.

2. Mit Family-Mainstreaming kann **soziale Gerechtigkeit bei familialer Verantwortungsübernahme** erzielt werden.

Hintergrundthesen

3. Aktuell ändern sich Familienleitbilder dynamisch – normativ und empirisch.

4. Für diese fehlt es an kohärenter Schutzregulierung.

5. Dadurch entstehen Schutzlücken.

6. Familiale Verantwortungsübernahme ist mit wachsenden und erheblichen sozialen Risiken verbunden.

7. Damit verbundene Spaltungen bedrohen den sozialen Zusammenhalt und gefährden die Demokratie.

Fokus: Solidarität und neue Familienleitbilder

- Befassung mit **Leitbildern*** unverzichtbar, um **Herausforderungen des Wandels** zu erkennen

1) Von der Hausfrauenehe zu (fast) gleichberechtigten Paarformen

§ 1356 Haushaltsführung, Erwerbstätigkeit (aktuelle Fassung, (erst) seit 1977)

> *(1) Die Ehegatten regeln die Haushaltsführung im gegenseitigen Einvernehmen. Ist die Haushaltsführung einem der Ehegatten überlassen, so leitet dieser den Haushalt in eigener Verantwortung.*
>
> *(2) Beide Ehegatten sind berechtigt, erwerbstätig zu sein. Bei der Wahl und Ausübung einer Erwerbstätigkeit haben sie auf die Belange des anderen Ehegatten und der Familie die gebotene Rücksicht zu nehmen.*

Im Kontrast dazu:

Fassung von 1896

> *Die Frau ist ... berechtigt und verpflichtet, das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten. Zu Arbeiten im Hauswesen und im Geschäfte des Mannes ist die Frau verpflichtet, so weit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnisse, in denen die Ehegatten leben, üblich ist.*

Fassung von 1958

> *(1) Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, so weit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.*
>
> *[…].*

* Aus Zeitgründen alle Ausführungen unter Vernachlässigung des Rechts der ehem. DDR, insbesondere des ZGB (Limitierung).

2) Von väterlicher Erziehungsgewalt zu kindeswohlgerechter Partizipation bei elterliche Sorge

§ 1626 BGB (aktuelle Fassung, seit Kindschaftsreform 1979)

(1) […]

(2) Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln. Sie besprechen mit dem Kind, soweit es nach dessen Entwicklungsstand angezeigt ist, Fragen der elterlichen Sorge und streben Einvernehmen an. […]

§ 1631 Inhalt und Grenzen der Personensorge (aktuelle Fassung)

(1) […].

(2) Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.

(3) Das Familiengericht hat die Eltern auf Antrag bei der Ausübung der Personensorge in geeigneten Fällen zu unterstützen.

Im Kontrast dazu:

§ 1626 BGB Fassung von 1896

Das Kind steht, solange es minderjährig ist, unter elterlicher Gewalt.

§ 1631 in der Fassung von 1896

[…]

(2) Der Vater kann kraft des Erziehungsrechts angemessene Zuchtmittel gegen das Kind anwenden. Auf seinen Antrag hat das Vormundschaftsgericht ihn durch Anwendung geeigneter Zuchtmittel zu unterstützen.

§ 1626 BGB Fassung von 1958

Das Kind steht, solange es minderjährig ist, unter der elterlichen Gewalt des Vaters und der Mutter. […]

3) Von Entmündigung zu subsidiärer gesetzlicher Betreuung Erwachsener

§ 1821 BGB Pflichten des Betreuers; Wünsche des Betreuten (aktuelle Fassung)

(1) Der Betreuer nimmt alle Tätigkeiten vor, die erforderlich sind, um die Angelegenheiten des Betreuten rechtlich zu besorgen. Er unterstützt den Betreuten dabei, seine Angelegenheiten rechtlich selbst zu besorgen, und macht von seiner Vertretungsmacht nach § 1823 nur Gebrauch, soweit dies erforderlich ist.

(2) Der Betreuer hat die Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, dass dieser im Rahmen seiner Möglichkeiten sein Leben nach seinen Wünschen gestalten kann. Hierzu hat der Betreuer die Wünsche des Betreuten festzustellen. Diesen hat der Betreuer vorbehaltlich des Absatzes 3 zu entsprechen und den Betreuten bei deren Umsetzung rechtlich zu unterstützen. Dies gilt auch für die Wünsche, die der Betreute vor der Bestellung des Betreuers geäußert hat, es sei denn, dass er an diesen Wünschen erkennbar nicht festhalten will.

Im Kontrast dazu:

§ 6 BGB (Fassung bis 31.1.1991)

(1) Entmündigt kann werden:

1. wer infolge von Geisteskrankheit oder von Geistesschwäche seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag;

[…]

§ 1896 BGB Fassung bis 31.12.1991

Ein Volljähriger erhält einen Vormund, wenn er entmündigt ist.

4) Von zweigeschlechtlicher zu gleichgeschlechtlicher Ehe

§ 1353 BGB Eheliche Lebensgemeinschaft (aktuelle Fassung)

(1) Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen. Die Ehegatten sind einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet; sie tragen füreinander Verantwortung.

Zuvor:

Im BGB nur Ehe zwischen Mann und Frau und zusätzlich Lebenspartnerschaftsgesetz (bis 2001 bis 2017).

5) Von Alleinsorge zu gemeinsamer Sorge bei Getrenntleben

§ 1687 BGB Ausübung der gemeinsamen Sorge bei Getrenntleben (aktuelle Fassung)

(1) Leben Eltern, denen die elterliche Sorge gemeinsam zusteht, nicht nur vorübergehend getrennt, so ist bei Entscheidungen in Angelegenheiten, deren Regelung für das Kind von erheblicher Bedeutung ist, ihr gegenseitiges Einvernehmen erforderlich […]

und vieles Mehr….

→ Wandel von Familien

→ Wandel von Aushandlungsprozessen in Familien

vgl. auch 9. und 10. Familienbericht, BMFSFJ

Zwischenfazit: Gewachsene Anforderungen durch neue Familienleitbilder

- starker Wandel in den Beziehungen (Ehe/Paare; Eltern-Kind)
  - Gleichberechtigung
  - Vielfalt
  - Partizipation
  - Selbstbestimmung
  - Emanzipation

→ intensive Beziehungsarbeit für gelingende Solidarität

- zugleich: Unterhalt, Beistand, Betreuung einerseits, möglichst eigenständige Absicherung andererseits.
  - Eltern und Kinder schulden einander **Beistand** (§ 1618a BGB).
  - Ehegatten und Verwandte in gerader Linie schulden einander **Unterhalt** (§§ 1360, 1601 ff. BGB).
  - Nach **Scheidung**: Grundsatz der Eigenverantwortung – nur **begrenzter Unterhalt** (§ 1569 BGB).
  - Als gesetzliche **Betreuer** sollen in erster Linie Ehegatten, Eltern oder Kinder bestellt werden (§ 1816 IV, V BGB).

Fragen:

Wer leistet diese Arbeit?

Und wie ist gleichzeitig eigene Absicherung möglich?

Fokus Erwerbsteilhabe – (keine) ausreichende Existenzsicherung bei Familienpflicht?

Befund: Familienpflicht erhöht Risiko sozialer Ausgrenzung, vor allem für Frauen, insbesondere Mütter/Pflegende

- Gender **Pay Gap** – Lohnlücke (2021: 18% deutschlandweit; 6% in Ostdeutschland)
- Gender **Lifetime Earnings Gap** - lebenslange Einkommensdifferenz (zw. 40 und 50% deutschlandweit und 62% bei westdeutschen Müttern)

  West: Männer rd. 1,5 Mio. € u. Frauen rd. 830.000 € / Ost Männer rd. 1,1 Mio. € und Frauen rd. 660.000 €
- Gender **Pension Gap** – Rentenlücke (in Westdeutschland: verheiratet, mit Kindern 69,6 % und verheiratet ohne Kinder 51,6 %; hingegen in Ostdtl.: 39,6 % bzw. 34,3 %)
- Gender **Time Gap** – Weniger an bezahlter Arbeit (7,7 Std./Wo.)
- Gender **Care Gap** – Mehr an unbezahlter Sorgearbeit (2019: 52%, ohne Corona-Einflüsse)

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_088_621.html

https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/maerz/die-grosse-kluft-frauen-verdienen-im-leben-nur-halb-so-viel-wie-maenner

https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93950/422daf61f3dd6d0b08b06dd44d2a7fb7/gender-pension-gap-data.pdf

https://www.wsi.de/de/zeit-14621-wochenarbeitszeiten-und-erwerbstaetigenquoten-14764.htm

https://de.statista.com/infografik/24809/hoehe-des-gender-care-gaps-in-deutschland/

Fokus Erwerbsteilhabe – (keine) ausreichende Existenzsicherung bei Familienpflicht?

- erhebliche Gleichstellungslücken (interessant insoweit auch der west-ost-deutsche Vergleich)
- d.h. konkret für Frauen weniger Einkommen bis hin zu (Alters-)Armut
- Abbau der Lücken **durch „realisierte Erwerbstätigkeit“**

https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2018/03/realisierte-erwerbstaetigkeit-032018.pdf?__blob=publicationFile

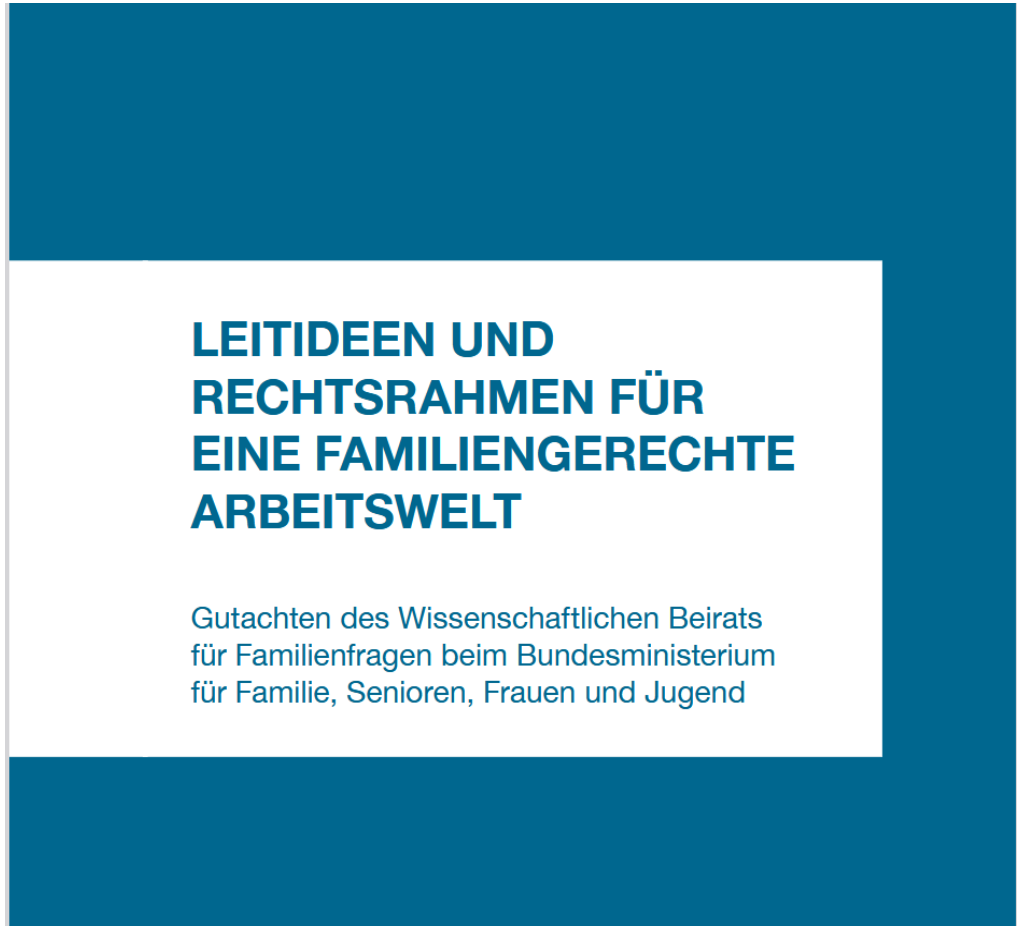
- Anreize an Paare zur **partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit**
- dazu klar Grundgesetz (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG) und EU-Recht: tatsächliche Geschlechtergleichstellung verpflichtend

https://www.bmfsfj.de/resource/blob/179126/682aaf2139c4472bfb45ccc036030fc5/20201201-ratsschlussfolgerungen-lohngerechtigkeit-data.pdf

- Problem: das deutsche Arbeitsrecht regelt wenig für familiengerechte Arbeitswelt und macht vor allem kaum Anreize für partnerschaftliche Aufteilung

→ **Solidarität in den Familien geht bislang zu Lasten der Frauen. Starre Arbeitsmuster verhindern stärkere Erwerbsbeteiligung von Sorgeleistenden.**

Fokus Erwerbsteilhabe – (keine) ausreichende Existenzsicherung bei Familienpflicht?



Empfehlung:

konsequente Umsetzung der **Vereinbarkeits-Richtlinie (RL 2019/1158/EU)**

- Rückkehrmanagement nach familien- bzw. pflegebedingten Freistellungszeiten
- klare Berücksichtigung sorgebedingter Belange bei Lage, Dauer oder Ort der Arbeit, vor allem im TzBfG
- Recht auf mobile Arbeit
- Verfahren und Sanktionen
- Sorgepausen innerhalb von einzelnen Arbeitsschichten
- Familiengerechte Ausübung des Weisungsrechts
- Normalisierung flexibler Arbeit als Abbau von Stereotypisierung und Diskriminierung

als „große Lösung“: **Ein Vereinbarkeits- und Sorgeschutzgesetz (VSSG) konzipieren**.

Hausaufgaben:

Erkenntnis seit dem 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung:

Nachhaltige Gleichstellungspolitik verlangt eine **langfristige Perspektive**

-> sogenannten Lebensverlaufsperspektive.

-> betrachtet die langfristigen Auswirkungen bestimmter Entscheidungen und Arrangements für die Verwirklichungschancen im weiteren Leben

Quelle: Sachverständigengutachten (2011). Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Gutachten der Sachverständigenkommission für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. http://www.gleichstellungsbericht.de

Komplementäres Pflegesozialrecht – Solidarität durch und mit Familien

Beispiel: Teilkasko der sozialen Pflegeversicherung – SGB XI

§ 3 SGB Vorrang der häuslichen Pflege

Die Pflegeversicherung soll mit ihren Leistungen vorrangig die häusliche Pflege und die Pflegebereitschaft der Angehörigen und Nachbarn unterstützen, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können. Leistungen der teilstationären Pflege und der Kurzzeitpflege gehen den Leistungen der vollstationären Pflege vor.

§ 4 SGB Art und Umfang der Leistungen

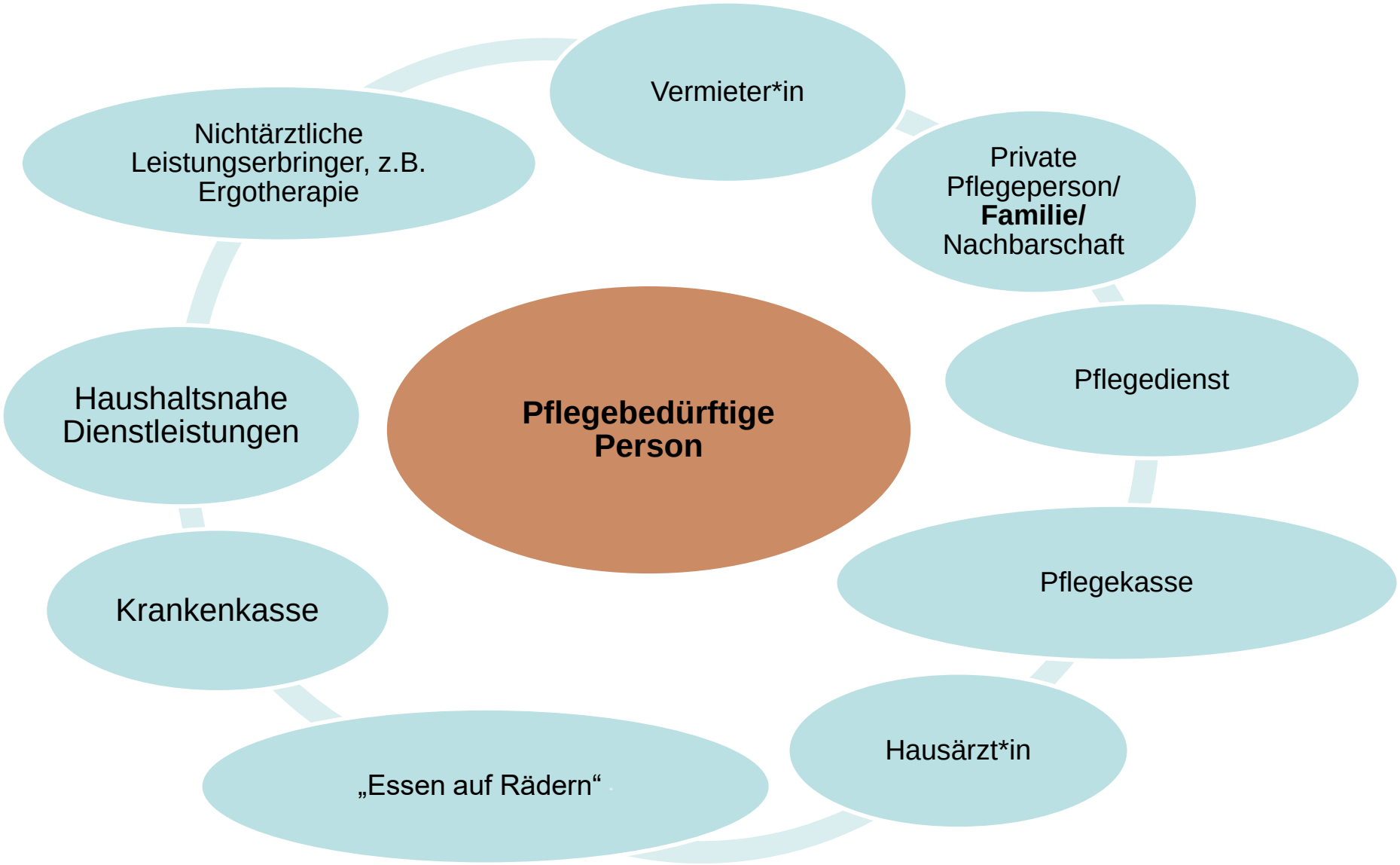
(2) *Bei häuslicher und teilstationärer Pflege ergänzen die Leistungen der Pflegeversicherung die familiäre, nachbarschaftliche oder sonstige ehrenamtliche Pflege und Betreuung.*

§ 45 Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen

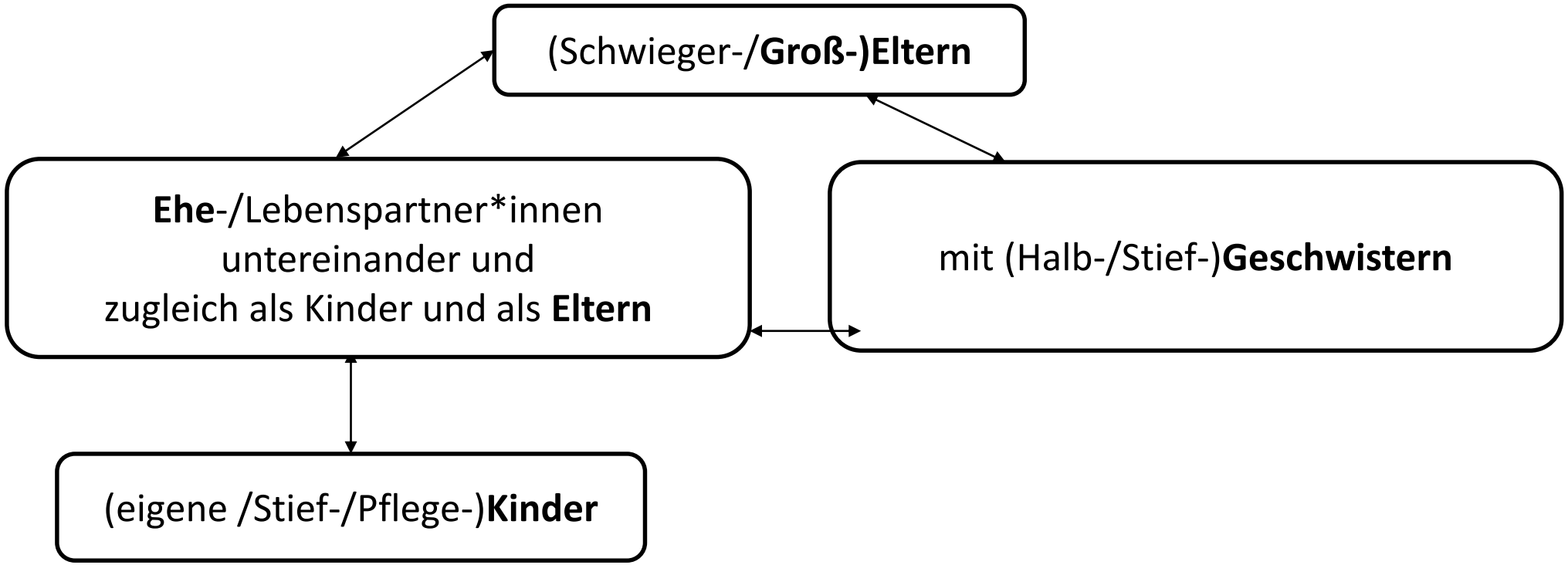
(1) Die Pflegekassen haben für Angehörige […] unentgeltlich Schulungskurse durchzuführen, um soziales Engagement im Bereich der Pflege zu fördern und zu stärken, Pflege und Betreuung zu erleichtern und zu verbessern sowie pflegebedingte körperliche und seelische Belastungen zu mindern und ihrer Entstehung vorzubeugen. […]

Ausführlich: 1. und 2. Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

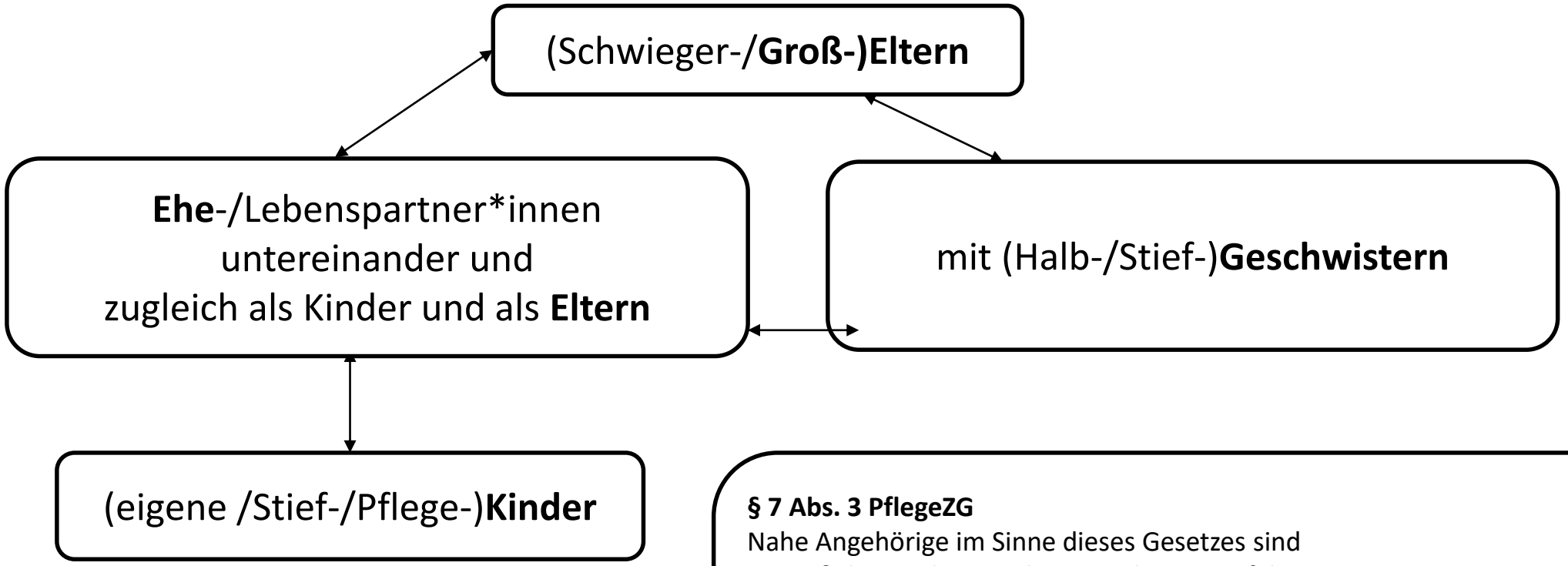
Beteiligte ambulanter Pflegearrangements



Weitreichende Aushandlungsprozesse in Familien



Weitreichende Aushandlungsprozesse in Familien



§ 7 Abs. 3 PflegeZG
Nahe Angehörige im Sinne dieses Gesetzes sind
1. Großeltern, Eltern, Schwiegereltern, Stiefeltern,
2. Ehegatten, Lebenspartner, Partner einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft, Geschwister, Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten, Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der Lebenspartner,
3. Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder, die Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder des Ehegatten oder Lebenspartners, Schwiegerkinder und Enkelkinder.

Familiengerechte Arbeitsorganisation – Aufgabe der Sozialversicherung?!

§ 8 SGB III Vereinbarkeit von Familie und Beruf

(1) Die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sollen in ihrer zeitlichen, inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern berücksichtigen, die aufsichtsbedürftige Kinder betreuen und erziehen oder pflegebedürftige Personen betreuen oder nach diesen Zeiten wieder in die Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen.

(2) Berufsrückkehrende sollen die zu ihrer Rückkehr in die Erwerbstätigkeit notwendigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung unter den Voraussetzungen dieses Buches erhalten. Hierzu gehören insbesondere Beratung und Vermittlung sowie die Förderung der beruflichen Weiterbildung durch Übernahme der Weiterbildungskosten.

§ 385 SGB III – Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt

(1) Bei den Agenturen für Arbeit, bei den Regionaldirektionen und bei der Zentrale sind hauptamtliche Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu bestellen. […]

(2) Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt unterstützen und beraten Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Organisationen in übergeordneten Fragen der Frauenförderung, der Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei beiden Geschlechtern. Hierzu zählen insbesondere Fragen der beruflichen Ausbildung, des beruflichen Einstiegs und Fortkommens von Frauen und Männern nach einer Familienphase sowie hinsichtlich einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Zur Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt arbeiten sie mit den in Fragen der Frauenerwerbsarbeit tätigen Stellen ihres Bezirks zusammen.

[…]

→ BA: Lotsen für Sorgepflichtige und für Betriebe, vgl.bar dem BEM (§ 167 SGB IX)

Familiengerechte Arbeitsorganisation – Aufgabe der Sozialversicherung?!

- Grundsatz: **Prävention zur Verhinderung des sozialen Risikos „Armut durch Sorgearbeit“,** d.h. Verantwortung aller Sozialleistungsträger für die Verhinderung sozialer Exklusion wegen Familiensolidarität
- Familiengerechte Arbeitswelt - eine Querschnittsaufgabe für Sozialleistungsträger als Adressaten von Art. 3 Abs. 2 GG
- Krankenkassen, RV-Träger, Unfallversicherungsträger
  - jeweils Sensibilisierung von Vorgesetzten und Belegschaften für Vereinbarkeitsfragen (z.B. im Rahmen des Firmendienstes von Krankenkassen und Rententrägern)
- aufsuchende Betreuungsangebote durch Kinder- und Jugendhilfe bei unauflöslichen Kollisionslagen (z.B. Eltern im Schichtbetrieb)
- Relevant zudem Bewusstsein für wachsende Diversität
  - Menschen mit Flucht-/Gewalterfahrung
  - Menschen mit Behinderung oder Eltern behinderter Kinder
  - Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache
  - unterschiedliche kulturelle/weltanschauliche/religiöse Verständnisse

Zukunftsfähige Ausgestaltung des Sozialstaates
Lösung: Family-Mainstreaming

→ Ermöglichung solidarischer, d.h. partnerschaftlicher Familienmodelle, um jedem Familienmitglied den Weg in eine eigenständige Existenzsicherung zu eröffnen

→ komplementäre Abstimmung aller relevanten Rechtsbereiche: d.h. vor allem Arbeitsrecht, Sozialrecht, Zivilrecht, Bildungsrecht, Steuerrecht usw.

→ bei Ressourcen ist Priorisierung unabdingbar

→ Flexibilität in der Arbeitswelt flankiert durch zielgenaue Sozialleistungen, um langfristige Beitragsstabilität der solidarischen Sicherungssysteme zu garantieren

→ Sozialleistungsträger unterstützen Familien und deren Mitglieder bei den Aushandlungsprozessen

Vgl. auch:

BMFSFJ, 9. Familienbericht, Eltern sein in Deutschland, Ansprüche, Anforderungen und Angebote bei wachsender Vielfalt. Empfehlungen für eine wirksame Politik für Familien, 2021.

BMFSFJ, 10. Familienbericht, Unterstützung allein- und getrennterziehender Eltern und ihrer Kinder — Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen, 2025.

.

Vielen Dank